

AFD

Mit Fremdenfeindlichkeit nach Europa und zurück

Die AfD wird von Rechtsextremisten unterwandert. Rechtspopulisten wollen sie für ein EU-weites Bündnis zur Europawahl gewinnen – mit gefährlicher Sprengkraft.

von Klaus J. Bade | 30. November 2013 - 16:37 Uhr

© Nigel Treblin/AFP/Getty Images

A supporter of Germany's anti-euro party Alternative for Germany (AfD, Alternative fuer Deutschland) wears a t-shirt that reads 'Defector' (Ueberlaeufer) as he attends a campaign event on September 15, 2013 in Braunschweig, central Germany. The general election will take place in Germany on September 22, 2013. AFP PHOTO / NIGEL TREBLIN (Photo credit should read NIGEL TREBLIN/AFP/Getty Images)

Union und SPD haben sich auf einen Koalitionsvertrag geeinigt, aber sie haben dabei, so scheint es, die großen politisch-strategischen Fragen aus dem Blick verloren. Denn die Zukunft Deutschlands in Europa hängt nicht allein davon ab, ob es einen Mindestlohn, vorzeitige Renten, Frauenquoten oder gar eine Pkw-Maut gibt. Sie hängt mindestens genauso daran, ob die Parteien die zentralen Herausforderungen, vor denen das Land steht, wenigstens erkennen, und ob das Parteiengefüge und die damit verfügbaren Koalitionskoordinaten in der derzeitigen Formation überlebensfähig sind.

Parteien spiegeln Positionierungen und Polarisierungen in einer Gesellschaft. Eine der wichtigen Fragen, an denen sich bis heute heftige Diskussionen entzündeten, ist die der Einwanderung und Integration. In dieser Debatte stehen sich zwei Lager gegenüber: Auf der einen Seite die große, wachsende Zahl derjenigen, die die zunehmende kulturelle Vielfalt als Bereicherung verstehen oder sie zumindest als Alltagsrealität akzeptieren.

Auf der anderen Seite operiert das schrumpfende, aber umso lauter agitierende Lager der Kulturpessimisten und Kulturpaniker. Sie betrachten Vielfalt als Bedrohung und ihre Akzeptanz oder sogar Förderung als kulturellen Hochverrat. Und für sie ist der von Union und SPD beschlossene "Doppelpass" für hier geborene Ausländerkinder ein weiterer Beweis für den angeblichen Niedergang der Nation, obgleich mit dieser Entscheidung keineswegs die generelle Akzeptanz der doppelten Staatsangehörigkeit verbunden ist.

Europäische Bewegung der Islamfeinde



© privat

KLAUS J. BADE

Der Migrationsforscher, Publizist und Politikberater war bis 2012 Gründungsvorsitzender des Sachverständigenrates deutscher Stiftungen für Integration und Migration. Vor Kurzem erschien sein neues Buch *Kritik und Gewalt. Sarrazin-Debatte, "Islamkritik" und Terror in der Einwanderungsgesellschaft*, Wochenschau Verlag, Schwalbach i. Ts.

Einwanderungs- und Integrationsfragen sind auch bewährte Angriffspunkte der Rechtspopulisten. Anders als in Frankreich, Österreich oder den Niederlanden konnten diese Strömungen in Deutschland bislang im bestehenden Parteienspektrum aufgefangen werden. Das entspricht der politischen Losung von Franz Josef Strauß, dass es rechts neben der CSU keine Partei von Bedeutung geben dürfe.

Aber auch in Deutschland formieren sich kulturkämpferische, insbesondere "islamkritische" Strömungen. Sie propagieren Positionen, die in anderen Ländern von offen fremden- und islamfeindlichen Parteien vertreten werden. Das ist mehr als bildungsbürgerliche Islamskepsis. Die Islamfeindschaft ist heute in Europa insgesamt das einigende Band aller rechtspopulistischen, rechtsradikalen und rechtsextremistischen Bewegungen.

Vielleicht brauchen sie auch in Deutschland nur noch ein Sammelbecken und einen charismatischen Führer, um gefährliche Sprengkraft zu entfalten. Das aber wäre nur eine scheinbare "Normalisierung" des deutschen Wegs in Europa. Denn sie stünde im langen Schatten einer düsteren Geschichte, die sich gerade in Minderheitenfragen deutlich von derjenigen anderer moderner Einwanderungsländer in Europa unterscheidet.

Populismus der Mitte

Das Problem sind dabei weniger radikal-nationalistische Kleinstparteien wie die NPD, die "Pro"-Bewegung oder die Republikaner. Die Gefahr kommt aus der Mitte der Gesellschaft, in der ein "sanfter" Populismus blüht. Er hat seine Heimat nun in der Alternative für Deutschland (AfD) gefunden, die durch die Große Koalition weiteren Auftrieb bekommen dürfte. Sie war zunächst eine Sammlungsbewegung für Euro- und Europagegner, wird nun aber zunehmend auch durch Kulturpaniker und Fremdenfeinde infiltriert.

Dass die AfD bei der Bundestagswahl nur knapp die Fünf-Prozent-Latte riss, hat der CDU/CSU nach dem Scheitern der FDP eine schwierige Koalitionsfrage erspart. Ein Bündnis mit einer nicht nur euro-, sondern auch europakritischen Partei hätte schlecht ins Selbstbild der Union gepasst. Aber die nächste Chance steht für die AfD schon bevor; denn bei der im Mai kommenden Jahres anstehenden Wahl zum Europäischen Parlament wird sie die in Brüssel nur bei drei Prozent liegende Latte zweifelsohne fulminant überspringen.

Das könnte eine ganz neue Entwicklung in Gang setzen. Noch ist die AfD keine zuwanderungs- oder gar fremdenfeindliche, islamophobe Partei. Aber sie wird zunehmend von rechtspopulistischen, rechtsextremistischen und insbesondere islamfeindlichen Kleinstparteien umgarnt. Sie versuchen, die AfD durch Mitgliederwechsel und den Weg über lokale Parteiverbände zu unterwandern.

Die intensiv werbende Rechte behauptet, sich bereits zu 90 Prozent in der Programmatik der AfD wiederzufinden. Es fehle ihr, so lassen Rechtsextremisten verlauten, nur noch eine gehörige Prise Islamfeindschaft als Bindemittel. Folgerichtig ermuntern Gruppierungen

wie die rechtsextremistische "Die Freiheit" ihre Mitglieder zum kollektiven Übertritt. Das hatten die in Scharen bereits getan, bevor sich die AfD-Spitze dergleichen – vergeblich – verbat.

Wilders sucht Verbündete

Noch widersteht die Führung der AfD, von eher taktisch zu wertenden neueren Zugeständnissen an die "Islamkritiker" abgesehen, dieser Unterwanderung und der Versuchung, durch islamfeindliche Positionierungen ihre euro(pa)skeptische Basis zu verbreitern. Das könnte sich ändern, wenn Programmtreue und Machtsog vor oder nach den Europawahlen in Konkurrenz treten.

Der niederländische nationalistische Anti-Islam- und Anti-Europa-Agitator Geert Wilders bereitet ein rechtspopulistisches, islamfeindliches und kulturrassistisches Bündnis quer durch Europa vor. Es umschließt eine diffuse negative Koalition von Anti-Positionen. Wenn Wilders Erfolg hat – und vieles deutet darauf hin – dann wird es für die AfD schwer werden, sich diesem Sog zumindest in Brüssel zu entziehen. Denn ohne Einbindung in die von Wilders angestrebte Fraktion gleichgesinnter Parteien im Europaparlament würde sie dort sang- und klanglos untergehen.

Drohender Sieg der Rechten in Frankreich und Österreich

Für Europa aber steht eine rechtspopulistische Wende von gefährlichen Dimensionen an. Umfrageergebnisse sagen für Frankreich bei den Europawahlen derzeit einen Sieg des rechtspopulistischen Front National in einer Größenordnung von 25 Prozent voraus. In Österreich könnte Straches FPÖ ebenfalls stärkste Kraft werden, genauso wie die Bewegung von Wilders in den Niederlanden. Und in Brüssel könnte nach derzeitigen Schätzungen ein rechtspopulistisches Bündnis ebenfalls rund 20 Prozent erreichen.

Falls das so käme, könnte es erhebliche Rückwirkungen auch auf die politische Landschaft in Deutschland geben. Die AfD könnte als Teil eines europaweiten antieuropäischen, rechtspopulistischen und islamfeindlichen Bündnisses das deutsche Parteiengefüge in gefährliche Schwingungen bringen. Der Traum des Franz Josef Strauß wäre dann endgültig ausgeträumt.

COPYRIGHT: ZEIT ONLINE

ADRESSE: <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2013-11/rechtspopulismus-afd-europa>